



**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

Medienkonferenz Unia/SGB „Konjunkturprogramm – Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“,  
20. Januar 2009

## **Gegensteuer geben: Jobs sichern - Weiterbildung fördern**

Von Andreas Rieger, Co-Präsident Unia

**Wir stehen vor einer tiefen Krise. Wie in jeder Krise besteht die grosse Gefahr, dass die Zeche vor allem die Lohnabhängigen zahlen. Mit Entlassungen, mit der Entwertung von Qualifikationen und mit dem Abbau von Lohn und anderen Einkommen. Deshalb hat Unia in der Krise drei Prioritäten: Jobs, soziale Sicherheit und Einkommenssicherung. Heute machen wir zusammen mit dem SGB konkrete Vorschläge zur nachhaltigen Sicherung von Arbeitsplätzen: Wir verlangen ein Investitionsprogramm und eine Weiterbildungsoffensive.**

### **1. Staatliches Investitionsprogramm für Jobs und ökologischen Umbau**

Alle sind sich einig: die nächsten zwei Jahre geht die Wirtschaft rückwärts und die Arbeitslosigkeit schnell auf den 200'000 Personen an, wenn nicht Gegensteuer gegeben wird. Dieses Gegensteuer müssen auf der einen Seite die Arbeitgeber selbst geben. Diese können jetzt nicht einfach die Leute entlassen, nachdem in den letzten Jahren beste Geschäfte gemacht wurden und die Arbeitgeber Reserven anlegen konnten. Gegensteuer muss aber auch der Staat geben.

Gefährdet sind die gesamte Wirtschaft, auch die Binnenwirtschaft. Zwar ist die Beschäftigung im Bau und im Gewerbe 2008 noch nicht eingebrochen. Die Beurteilung der Geschäftsaussichten hat sich aber verschlechtert und die Beschäftigung wird im Frühling nicht wie gewohnt ansteigen. Auch der Bau und Ausbau wird von Arbeitslosigkeit betroffen werden. Hier gilt es rechtzeitig Gegensteuer zu geben mit einem Impulsprogramm, das auch weitere Branchen stützt.

Wollen wir das Absacken der Aufträge in der Binnenwirtschaft verhindern, braucht es ein Investitionsprogramm mit einem Umfang von mindestens einem Prozent des BIP (5 Mrd. Franken). Dabei ist unterdessen unbestritten, dass staatliche Impulse dort die grösste Hebelwirkung haben, wo sie direkt in Arbeitsaufträge im Inland investiert werden. Dies ist möglich bei Investitionen in Infrastrukturen und in Gebäude in der Schweiz, welche vorgezogen werden und über die sowieso getätigten Investitionen von Staat und Privaten hinausgehen. Hier bewirkt die Investition von 1 Franken, wie die Analyse der KOF bestätigt, einen Impuls von 1.60 Franken. Dank diesem Multiplikatoreffekt sind öffentliche Investitionen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen im Inland viel wirksamer als etwa Steuersenkungen, welche den Konsum nur in geringem Mass ankurbeln und kaum inländische Arbeitsplätze schaffen. Wir haben deshalb zusammen mit dem SGB ein Paket von vorziehbaren, realisierungsbereiten Projekten geschnürt und Verlangen vom Bund, dass er möglichst schnell ein entsprechendes Investitionsprogramm beschliesst:

#### **Öffentlicher Verkehr**

- Infrastrukturprojekte bei der SBB ( 616 Mio. CHF)
- Kleinbahnhöfe (Projekt VISTA) ( 29 Mio. CHF)
- Lärmsanierung ( 770 Mio. CHF)
- Brücken, Tunnels und Bahnübergänge sanieren ( 500 Mio. CHF)
- Agglomerationsprogramme (1800 Mio. CHF)

Der Bund soll Projekte, welche ab 2010 umgesetzt werden, mit 50% unterstützen.

### **Naturgefahrenprävention**

- Besserer Hochwasser-, Gewässer- und Lawinenschutz (1200 Mio. CHF)

### **Gebäude**

- Öffentliche Gebäudesanierung (1400 Mio. CHF)  
Bonus von 15% (Projekte mit erneuerbaren Energien 20%) für 2009/10
- Zivile Bauten (480 Mio. CHF)

### **Kindertagesstätten**

- Anstossfinanzierung und Ausbildungsbonus (225 Mio. CHF)

**Insgesamt würde mit diesem Programm, das den Bund 5 Milliarden kostet, direkt 7 Milliarden CHF Investitionen ausgelöst, welche mit einem Faktor von ca. 1,6 wirken.**

Unser Investitionsprogramm wirkt vor allem in den Bereichen Substanzerhaltung und Ausbau des öffentlichen Verkehrs, der besseren Prävention von Naturgefahren, der ökologisch sinnvollen Sanierung von öffentlichen Gebäuden und dem Ausbau und Förderung der externen Kinderbetreuung. Dabei stehen zusätzliche Investitionen ebenso wie der zeitliche Vorzug von bereits bestehenden Projekten gleichermassen im Zentrum. Der Bundesrat soll Massnahmen ergreifen, um die Investitionstätigkeit selber vorzunehmen oder durch andere Akteure zu fördern. Zur Stützung der konjunkturellen Lage sollen so Investitionen in der Grössenordnung von 7 Milliarden Schweizer Franken ausgelöst werden. Kantone und Gemeinden müssen nachziehen. Mit diesem Investitionsprogramm sollen die öffentliche Infrastruktur sowie die öffentlichen Gebäude modernisiert werden. Die Umweltprobleme (Klimawandel) erfordern umfangreiche Investitionen in den öffentlichen Verkehr sowie eine effiziente Nutzung von Energie – auch in Schulen, Spitälern und Verwaltungsgebäuden.

Dieses Investitionsprogramm sichert Arbeitsplätze insbesondere in folgenden Branchen:

- Bau- und Ausbaugewerbe
- Industrielle Zulieferer: Metallbau, Installationen aus der Maschinen- und Elektroindustrie, Baustoffe
- Planung und Verwaltung der Projekte
- Dienstleistungen an Unternehmen (Reinigung, Sicherheit, Versicherungen etc.)

Die positive Beschäftigungswirkung liegt gemäss KOF-Studie bei bis zu 20'000 Personen pro Jahr (bei einem Investitionsvolumen von 5 Milliarden).

Hinzu kommt die Beschäftigungswirkung durch die Förderung von Kindertagesstätten.

## **2. Weiterbildung und Kurzarbeit statt Entlassung und Entqualifizierung**

Es ist unbestritten, dass die Schweiz über sehr gute Belegschaften verfügt, welche in den letzten Jahren das Wachstum der Produktivität erlauben haben. Wir wissen aber auch, dass die Schweiz zu wenig in die berufliche Weiterbildung investiert. Weit weniger als andere Länder, obwohl dies aufgrund des beschleunigten Wandels immer wichtiger ist. WB wird v.a. für bereits hochqualifizierte bezahlt. Weniger qualifizierte und Berufsleute gehen weit weniger in Weiterbildung und müssen diese noch oft selbst berappen.

In der Krise ist Weiterbildung ein entscheidender Schlüssel, ob die einzelnen Arbeitnehmer und die Wirtschaft am Ende der Krise besser dasteht oder schlechter. In der Krise ist die Gefahr gross, dass sich die Qualifikationen der Leute durch Arbeitslosigkeit, durch Entmutigung und durch veränderte Anforderungen entwerten. Deshalb verlangen wir **Kurzarbeit und Weiterbildung, statt Entlassungen!**

**Die Schweiz braucht eine massive Weiterbildungs-Offensive. Und dies heute und nicht erst, wenn die Krise zwei Jahre oder mehr gedauert hat.** In früheren Krisen wurden hier bereits viele Erfahrungen gemacht, an denen man anknüpfen kann. Z.B. bei Projekten, bei welchen auch die Gewerkschaften initiativ waren: Sprachkurse für Branchen und Projekte beruflicher Weiterbildung (Projekt „Winter“: Qualifizierung von Bauarbeitern während der toten Monate im Winter). Heute muss eine Weiterbildungsoffensive aber nicht mehr auf dem Niveau von „Pilotprojekten“ sondern

von breitflächigen zusätzlichen Angeboten für Tausende von Kurzarbeiter. Die Arbeitslosenversicherung darf hier nicht mit kleinkrämerischen Hürden auf der Bremse stehen. Gefordert sind aber auch die staatlichen Gewerbeschulen, Fachhochschulen; gefordert sind die Sozialpartner.

**Angesagt sind Nachholbildungen für wenig Qualifizierte.** Bereits zu Beginn der Krise bestätigt sich das Bild aus den früheren Krisen: weniger Qualifizierte trifft es zuerst. Ihnen müssen jetzt die Nachholbildungen gewährt werden, von der Überwindung des Illetrismus bis zum Berufsbildungsabschluss gemäss Berufsbildungsgesetz. Zudem wurden in den letzten Jahren zehntausende von qualifizierten Ausländern in die Schweiz geholt, weil es an Einheimischen für diese Stellen gefehlt hat. Jetzt ist die Gelegenheit, einheimische ArbeitnehmerInnen zu qualifizieren, damit sie den Qualitätsanforderungen des Arbeitsmarkts in Zukunft besser entsprechen.

**Sprachkurse.** Jenen Mitarbeiter/innen, die sprachliche Defizite aufweisen (und das sind nicht nur ImmigrantInnen aus dem Süden!), sind jetzt Sprachkurse zu finanzieren und die dafür notwendige Zeit zur Verfügung zu stellen. Eine breite Sprachoffensive, wie Unia sie bereits auch aus Integrationsgründen Ende 2007 gefordert hat.

**Berufliche Qualifizierungsmassnahmen.** In praktisch jedem Beruf werden heute nach der beruflichen Erstbildung weitere qualifizierende Massnahmen erwartet, ja gefordert. Dies geht von sehr betriebsnahen Weiterbildungsmodulen bis zur höhere Berufsbildung. Ein Schwerpunkt bei der Qualifizierung soll dabei auf den Bereich der Öko-Technologien gelegt werden. Hier kann an die Weiterbildungsoffensive der 1980er Jahre angeknüpft werden, als 10'000 Baufachleute, Techniker und Ingenieure unter der Führung des Bundesamtes für Konjunkturfragen (heute Seco) und mittels Bundessubventionen ausgebildet wurden. Gleiches muss heute wieder geschehen, wo niemand bezweifelt, dass hier die Zukunft liegt.

Für die Finanzierung von Bildungsmassnahmen insbesondere auch während der Periode der Kurzarbeit sieht die **Arbeitslosenversicherung** bereits die Unterstützung von „arbeitsmarktlichen Massnahmen“ mit 610 Mio Franken vor; wenn der Betrag nicht genügt, muss er aufgestockt werden.

In einigen Bereichen stehen für Bildungsmassnahmen **Branchen-Bildungsfonds** zur Verfügung, z.T. von den Sozialpartnern verwaltet. Diese Mittel sind jetzt besonders einzusetzen und die Arbeitslosenversicherung muss unbürokratisch solche Massnahmen unterstützen.

In vielen **Kantonen** wurden in den letzten Jahren mit den Berufs- und Weiterbildungsgesetzen Finanzierungsmöglichkeiten für die Weiterbildung geschaffen. Die Kantone müssen diese vorhandenen Möglichkeiten rasch und voll ausschöpfen. In jenen Kantonen, wo sie noch fehlen, müssen rasch Mittel zur Verfügung gestellt werden.

**Der Bund** muss darin auch sein finanzielles Engagement erhöhen. Der Bundesrat schätzt die heutigen Ausgaben der öffentlichen Hand (Bund und Kantone zusammen) auf 140 Millionen. Diese Summe ist zumindest zu verdoppeln.

In der Pflicht sind schliesslich auch **die Arbeitgeber** für die betriebsnahe Weiterbildung; jetzt ist die Zeit zu nutzen, welche im Boom der letzten Jahre gefehlt hat

Damit all diese Akteure auf Trab gebracht werden, braucht es einen zentralen Impuls, der nur vom Bund kommen kann mit einem **Impulsprogramm für eine nationale Weiterbildungsoffensive.**

Was wir hier verlangen, ist - wie die Analyse der KOF zeigt - kein „Strohfeuer“. Es ist heute auch nicht „zu früh“, ein solches Programm ohne zu warten in die Tat umzusetzen. Denn die Krise vertieft sich nun rasch und die Gegenimpulse müssen 2009 und 2010 wirken. Es sind die Gleichen, die heute sagen ein solches Programm sei „zu früh“, wie jene, welche immer behaupten, solche Programme kommen immer zu spät und hätten deshalb keine Wirkung.